



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development

Bundespressekonferenz 10.12.2012, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2012

Statement von Jan Grebe

Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

Vorsitzender der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die weltweite Nachfrage nach Waffen und Rüstungsgütern floriert. Deutschland ist neben den USA, Russland und anderen europäischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Italien, einer der Hauptlieferanten von Waffen und Rüstungsgütern. Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI gehört Deutschland weiterhin zu den größten Rüstungsherstellern weltweit und rangiert im Zeitraum von 2007 bis 2011 auf dem dritten Rang mit einem Weltmarktanteil von neun Prozent.

Auf dem globalen Rüstungsmarkt vollzieht sich jedoch ein langsamer Wandel. Noch dominieren Firmen aus Westeuropa und Nordamerika den internationalen Rüstungshandel. Sie verfügen über einen technologischen Fortschritt gegenüber russischen und chinesischen Unternehmen sowie gegenüber Rüstungsherstellern aus Schwellenländern wie Brasilien und Indien. Rüstungshersteller außerhalb von Europa und Nordamerika drängen jedoch auf den internationalen Markt und verschärfen die Konkurrenz auch für deutsche Unternehmen.

Zukünftige Absatzmärkte für deutsche Rüstungsunternehmen liegen im Nahen und Mittleren Osten, in Asien sowie teilweise in Lateinamerika. Dort befinden sich Staaten, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen und gleichzeitig Interesse an komplexen Waffensystemen haben. Diese Länder sind entweder in regionale Rüstungsdynamiken involviert oder befinden sich im Zentrum internationaler Spannungen.

Gleichzeitig verändern sich die Liefer-Empfänger-Beziehungen. Der internationale Rüstungsmarkt wird mehr und mehr zu einem Käufermarkt, auf dem verstärkt der Empfänger die Vertragskonditionen bestimmt. Käuferstaaten fordern häufig einen umfassenden Transfer von Rüstungstechnologie. Mit diesen Forderungen sind auch deutsche Rüstungsunternehmen konfrontiert. Das führt dazu, dass Rüstungsgeschäfte heute weit mehr als nur die Weitergabe von Rüstungsgütern oder Kriegswaffen umfassen, sondern auch Serviceleistungen vor Ort, Trainingsmaßnahmen oder Unterstützung beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten im Empfängerland beinhalten. Angesichts dieser Veränderungen und der Gefahren für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, die von einer Proliferation von Waffen und Rüstungstechnologie ausgehen, ist aus Sicht der GKKE eine restriktive Rüstungsexportpolitik wichtiger denn je.

Rüstungsexportkontrolle in der Europäischen Union

Die für 2012 vorgesehene Überprüfung des EU-Gemeinsamen Standpunktes zur Exportkontrolle von Rüstungsgütern war bei vielen Beobachtern mit der Hoffnung verbunden. Für eine einheitliche und restriktive europäische Rüstungsexportpolitik ist ein

starker und robuster EU-Gemeinsamer Standpunkt eine zwingende Voraussetzung. Dazu bedarf es einer Harmonisierung auf europäischer Ebene, einer einheitlichen Interpretation der Kriterien und eine Verbesserung des Informationsaustausches.

In einer Erklärung vom 19. November 2012 unterstrich der Rat der Europäischen Union seine Verpflichtung, die Kooperation und Annäherung der EU-Mitgliedsstaaten zu stärken, um den Export von solchen Rüstungsgütern zu verhindern, die für Repression genutzt werden oder regionale Instabilität fördern können. Gleichzeitig kommt er zu dem Schluss, dass der EU-Gemeinsame Standpunkt und die zur Verfügung stehenden Instrumente für eine kohärente und harmonisierte Politik ausreichend und den Zielen des EU-Gemeinsamen Standpunktes dienlich seien. Weiterhin offen ist jedoch, wie sich eine Verbesserung und Anpassung der Instrumente in der Praxis darstellen werden und ob sie eine Harmonisierung des europäischen Rüstungsexportkontrollregime fördern können.

Deutschlands Rolle im Überprüfungsprozess bleibt unklar und wenig öffentlich. Aus Sicht der Bundesregierung hat sich der EU-Gemeinsame Standpunkt bewährt, weshalb sie nur einen begrenzten Korrekturbedarf sieht. Die Bundesregierung hält weder eine bessere Überwachung des konkreten Implementierungsprozesses des EU-Gemeinsamen Standpunktes noch die gezieltere Steuerung der Anwendung oder Anpassung der bestehenden Kriterien für notwendig.

Die GKKE hält demgegenüber eine aktive und transparente deutsche Politik für erforderlich, die konsequent auf eine Harmonisierung auf europäischer Ebene abzielt und sich besonders für eine kohärente Umsetzung des EU-Gemeinsamen Standpunktes einsetzt. Dies muss mit dem Ziel verbunden sein, Waffenausfuhren vorzubeugen, die für interne Repressionen genutzt werden können oder die regionale Instabilität befördern.